

- Das Transsexuellengesetz' (kurz: TSG) stand diese Woche im Bundestag zur Debatte. Das TSG soll weg, fordern Linke, Grüne und FDP. Dazu wurden alternative Gesetzentwürfe und Anträge vorgelegt: Entwürfe für Selbstbestimmungsgesetze von den Grünen und der FDP sowie Anträge zur Entschädigung Betroffener von den Linken und den Grünen. Letztendlich stimmten die SPD, die Union und die AfD gestern \*gegen\* die rechtliche Besserstellung von trans\* Personen. Sie verwehren ihnen also weiter elementare Selbstbestimmungsrechte. Zur Wahrheit gehört, dass auch vier Linke Abgeordnete gegen die Entwürfe für Selbstbestimmung gestimmt haben – darunter auch Alexander Ulrich. Das Frauenplenum hält fest: Das ist absolut nicht hinnehmbar und wir kritisieren dieses Abstimmungsverhalten scharf. Menschenrechte sind keine „Gewissensentscheidung“, sondern unteilbar. Für Linke muss das klar sein.

- Das Frauenplenum missbilligt in aller Deutlichkeit den „offenen Brief“ von Landesvorstandsmitgliedern an Melanie Wery-Sims und Stefan Glander. Dieser Brief ist nicht nur ein völlig unnötiger persönlicher Angriff auf die beiden Kandidat:innen für den Landesvorsitz, er erzeugt in der Landespartei auch ein Klima der Angst und Ausgrenzung. Wir möchten Parteimitglieder, insbesondere Frauen ermutigen, für Ämter in der Partei zu kandidieren. Der „offene Brief“ bewirkt das Gegenteil: Jedes Parteimitglied, das für den Landesvorstand kandidiert, muss befürchten, wie Melanie und Stefan angegriffen und bloßgestellt zu werden. Das Frauenplenum fordert die Unterzeichner:innen des offenen Briefes auf, nicht erneut für den Landesvorstand zu kandidieren. Außerdem fordert das Frauenplenum die schnellstmögliche Durchführung eines Landesparteitags mit Neuwahlen des Landesvorstands.

- „Im Laufe der COVID-19-Pandemie ist Amazon zu einem Billionen-Dollar-Unternehmen angewachsen. CEO Jeff Bezos wurde der erste Mensch in der Geschichte, der ein Privatvermögen von 200 Milliarden Dollar anhäufte. Währenddessen setzten Amazons Lagerarbeiter\*innen als essenzielle Arbeitskräfte ihr Leben aufs Spiel und sahen sich dennoch Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt, wenn sie sich für ihr Recht auf einen fairen Lohn einsetzten. In dem Maße, wie Amazons Firmenimperium expandiert, wächst auch sein CO2-Fußabdruck. Dieser ist schon größer als die Emissionen von zwei Dritteln aller Länder der Welt. Doch anstatt den Gesellschaften, die Amazons Wachstum ermöglicht haben, etwas zurückzugeben, zahlt der Konzern kaum Steuern. Im Jahr 2019 führte Amazon in den Vereinigten Staaten, wo das Unternehmen seinen Hauptsitz hat, nur 1,2% Einkommensteuer ab. Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie Amazon seine Gewinne vor das Wohl der Arbeitnehmenden, der Gesellschaft und unseres Planeten stellt. Amazon nimmt zu viel und gibt zu wenig zurück. Es ist an der Zeit, Amazon bezahlen zu lassen.“ Das Frauenplenum des Landesverbandes Rheinland-Pfalz solidarisiert sich mit den Arbeiter\*innen entlang der kompletten Lieferkette bei Amazon „von Bangladesch bis zum Botendienst“. Für Selbstbestimmung ist ein gerechter Lohn essenziell. Gerade für Frauen\* entscheidet die Höhe des Lohns oft auch über die Möglichkeit aus gewalttätigen Beziehungen gehen zu können. Daher unterstützen wir den Kampf der Arbeiter\*innen für faire Arbeitsbedingungen und rufen unsere Mitglieder in den Kreisverbänden dazu auf sich am globalen Aktionstag am 26.05.2021 an gemeinsamen Aktionen zu beteiligen.